

Was wollen die Parteien? Entwicklungspolitik und globale Fragen in den Programmen zur Bundestagswahl 2017

2017



VENRO-Positionspapier 2/2017

Inhalt

Vorwort – 3

Was wollen die Parteien? – Unsere Bewertung – 4

Was wollen die Parteien? – Unsere Analyse – 8

- I. Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und umsetzen – 8
- II. Für das Recht zu bleiben – für das Recht zu gehen – 10
- III. Friedensförderung ausbauen und lokale Zivilgesellschaften für eine friedliche Konfliktbearbeitung stärken – 13
- IV. Humanitäre Hilfe aktiv mitgestalten und verlässlich ausstatten – 15
- V. Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schützen und erweitern – 16
- VI. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel vorantreiben – 18
- VII. Bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung Verantwortung übernehmen – 20
- VIII. Alle mitnehmen – besonders die Schwachen – 22

Quellen – 25

VENRO-Mitglieder – 26

Vorwort

Die Bundestagswahl 2017 findet in Zeiten großer Unsicherheiten statt. Kriege, bewaffnete Konflikte, Armut und Hunger, zunehmende politische Unterdrückung und die spürbaren Folgen des Klimawandels sind die Realität in vielen Teilen unserer Welt. Millionen von Menschen sind aufgrund ihrer Lebensumstände zu Flucht und Migration gezwungen. Die beiden globalen Rahmenwerke für eine nachhaltige Entwicklung, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen, sind noch weit davon entfernt, politisch umgesetzt zu werden.

Wir untersuchen in dieser Publikation, welche Lösungen und Konzepte zur Bewältigung der globalen Herausforderungen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in ihren Wahlprogrammen vorschlagen. Was wollen die Parteien unternehmen, um die globalen Rahmenwerke für eine nachhaltige Entwicklung, die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen, wirksam umzusetzen?

Ausgangspunkt ist dabei das Positionspapier zur Bundestagswahl 2017 »Für Weltoffenheit, Solidarität und Gerechtigkeit!«, in dem VENRO in acht Politikfeldern dargelegt hat, welche Erwartungen und Forderungen der

Verband an die neu gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die nächste Bundesregierung richtet. Im Folgenden gehen wir deshalb der Frage nach, welchen Niederschlag unsere Erwartungen und Forderungen in den Wahl- bzw. Regierungsprogrammen von CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gefunden haben.

Im ersten Kapitel nehmen wir eine Zusammenfassung und Bewertung der Programme aus Sicht von VENRO vor, in den folgenden Kapiteln stellen wir die in den Programmen der Parteien dargelegten Positionen zu unseren Schwerpunktthemen vor. Die Abschnitte der Parteien sind alles Originalzitate aus den Wahlprogrammen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Dr. Bernd Bornhorst
Vorstandsvorsitzender

Was wollen die Parteien? – Unsere Bewertung

Die VENRO-Positionen und Forderungen an den neu gewählten Deutschen Bundestag und die nächste Bundesregierung schlagen sich in den Wahlprogrammen der Parteien recht unterschiedlich nieder.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung/ Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Aus unserer Sicht ist positiv zu bewerten, dass die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) in allen Programmen angesprochen wird, wenn auch in unterschiedlich intensiver Form. Die CDU/CSU verweist auf die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, mit der die Ziele der Agenda 2030 in und durch Deutschland umgesetzt werden sollen. Im Programm von Bündnis 90/Die Grünen wird in verschiedenen Kapiteln immer wieder der Bezug zu den globalen Nachhaltigkeitszielen hergestellt. Die SPD setzt sich für eine ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Deutschland müsse bei der Umsetzung der Ziele eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. DIE LINKE will bei der Umsetzung der Agenda die Verantwortung des Nordens verstärkt ins Zentrum rücken. Die FDP betrachtet die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen als Grundlage ihres Handelns und fordert einen kohärenten Ansatz innerhalb der Bundesregierung, um die sie umzusetzen.

Bemerkenswert ist, dass die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit Ausnahme bei der CDU/CSU in keinem der Programme erwähnt wird. Offenbar hat die Nachhaltigkeitsstrategie, die ja den wesentlichen Rahmen zur Umsetzung der SDG in, mit und durch Deutschland bilden soll, noch keinen nachhaltigen Niederschlag in der programmatischen Positionierung der Parteien gefunden.

Für das Recht zu bleiben – für das Recht zu gehen

Wie zu erwarten, nehmen die Themen Flucht und Migration sowie Integration in den Programmen einen breiten Raum ein. Sie gehen zum Teil in sehr unterschiedliche Richtungen. Die CDU/CSU setzt sich für die Bekämpfung von Fluchtursachen durch Entwicklungspolitik und zivile

Krisenprävention ein. Im Fokus der CDU/CSU stehen der Schutz vor illegaler Migration und das Ziel, die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, dauerhaft niedrig zu halten. Mit einem neuen »Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz« soll die Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt gesteuert werden. Die SPD will Fluchtursachen mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Maßnahmen bekämpfen und die EU-Außengrenzen besser vor illegalen Grenzübertritten schützen. Mit einem Einwanderungsgesetz will die SPD mittels eines Punktesystems den Zuzug qualifizierter Fachkräfte besser steuern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das Grundrecht auf Asyl in seiner Substanz wiederherzustellen. Fluchtursachen sollen unter anderem durch ein Verbot von Waffenexporten und die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung bekämpft werden. Eine Einwanderungspolitik, die sich nach der Nützlichkeit für Unternehmen richtet und Quoten, Kontingente und Punkte einführt, lehnt DIE LINKE ab. Bündnis 90/Die Grünen lehnen die aus ihrer Sicht inhumanen Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre ab. Auch sie wollen sich auf die Bekämpfung von Fluchtursachen konzentrieren. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für ein Einwanderungsgesetz ein, das eine Einwanderungsquote mit Punktesystem vorsieht. Die FDP will ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst ist. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für die FDP unantastbar.

In allen Programmen wird die Bekämpfung von Fluchtursachen gefordert. Übereinstimmung besteht darin, dass mit Maßnahmen der Außen- und Entwicklungspolitik sowie der Krisenprävention die Lebensverhältnisse vor Ort verbessert werden sollen. SPD, DIE Linke und Bündnis 90/Die Grünen nehmen auch strukturelle Ursachen wie Rüstungsexporte, ungerechte Handelsbeziehungen und die Folgen des Klimawandels in den Blick. Auch die Agrarexportpolitik wird thematisiert. Sie fordern übereinstimmend, dass in Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte nicht zulasten der ländlichen Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens exportiert werden dürfen. Auch die FDP fordert eine Überprüfung der Auswirkungen von Agrarexportsubventionen.

Bis auf DIE LINKE sprechen sich alle Parteien für ein Einwanderungsgesetz aus, das sich an den Bedürfnissen des

deutschen Arbeitsmarkts orientieren soll. Entwicklungspolitische Aspekte werden dabei aus unserer Sicht zu wenig berücksichtigt.

Friedensförderung ausbauen und lokale Zivilgesellschaft für eine friedliche Konfliktbearbeitung stärken

Zu begrüßen ist, dass das Thema Friedensförderung und zivile Krisenprävention in allen Programmen angesprochen wird. Die CDU/CSU will durch Entwicklungspolitik und Krisenprävention dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Menschen in ihrer Heimat eine Zukunfts- und Bleibeperspektive zu geben. Konkretere Aussagen zu den Instrumenten der Krisenprävention werden aber nicht getroffen. Die SPD will zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken, substanzieller ausstatten und freiwillige Friedensdienste erheblich ausbauen. Mit einer Gesetzesinitiative zur Rüstungsexportpolitik soll ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexports in Drittstaaten verankert werden. DIE LINKE tritt dafür ein, Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung umfassend zu fördern und die Mittel für den Zivilen Friedensdienst zu verdoppeln. Ziel von DIE LINKE ist es, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion eingestellt wird. Auch Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für ein restriktives und verbindliches Rüstungsexportgesetz ein. Die zivile Krisenprävention müsse finanziell und strukturell gestärkt werden. Um ein kohärentes Handeln aller Ressorts sicherzustellen, soll ein Nationaler Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte eingerichtet werden. Auch die FDP lehnt Waffenlieferungen in Krisengebiete ab und will internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben.

Festzuhalten bleibt, dass allen Parteien die Notwendigkeit einer stärkeren Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung bewusst ist. SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sprechen sich für eine restriktivere Rüstungsexportpolitik aus. Im Programm von CDU/CSU findet dieses Thema keine Erwähnung.

Humanitäre Hilfe aktiv mitgestalten und verlässlich ausstatten

Angesichts der hohen und wachsenden Bedeutung der humanitären Hilfe bei den zahlreichen Krisen und akuten Notlagen in der Welt ist es verwunderlich, dass dieses Thema in den Programmen eher randständig behandelt wird. Am ausführlichsten und konkretesten setzt sich die SPD dafür ein, dass Deutschland sein humanitäres Engagement ausbaut und zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen sich auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können müssen. Bündnis 90/Die

Grünen treten dafür ein, dass Deutschland eine humanitäre Führungsrolle in der Welt einnimmt und ein Institut für humanitäre Angelegenheiten eingerichtet wird. DIE LINKE lehnt eine Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzeptionen – wie in Afghanistan geschehen – ab. Bei CDU/CSU und FDP wird die humanitäre Hilfe nicht explizit erwähnt.

Aus der Sicht von VENRO ist es dringend erforderlich, dass die humanitäre Hilfe ein stärkeres Gewicht im künftigen politischen Handeln bekommt.

Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schützen und erweitern

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind in allen Programmen zu finden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen betonen ausdrücklich den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und die Sicherung der Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft. Forderungen nach verbindlichen Regeln für Unternehmen in Bezug auf die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht finden sich in den Programmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.

Aus der Sicht von VENRO ist es dringend erforderlich, dass die immer stärkeren Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Rechte und Handlungsspielräume in vielen Ländern in der Politik eine größere Aufmerksamkeit bekommen und zu konkretem Handeln führen.

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel vorantreiben

Alle Parteien treten für den Klimaschutz und die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens ein, allerdings mit unterschiedlichen Strategien und Maßnahmen. Während die CDU/CSU langfristig und zeitlich unbestimmt einen großen Teil der fossilen Energie wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energie ersetzen will, setzt sich DIE LINKE für einen vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2035 ein. Bündnis 90/Die Grünen wollen die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz nehmen und den Ausstieg innerhalb der nächsten 20 Jahre vollziehen. Die SPD will bis spätestens 2050 Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen und bis dahin erneuerbare Energien durch konventionelle Energieträger ergänzen. Die FDP setzt sich für einen vielfältigen Energiemix ein und steht neuen Technologien offen gegenüber, auch wenn aus ihrer Sicht zunächst nicht auf fossile Energieträger verzichtet werden kann.

Insgesamt sind in der Klimaschutz- und Energiepolitik deutliche Differenzen zwischen den Parteien festzustellen, vor allem was den Umgang mit fossilen Energieträgern betrifft. Am ambitioniertesten sind DIE LINKE und

Bündnis 90/Die Grünen, die einen konkreten Zeitplan für den Kohleausstieg vorschlagen. Die SPD will bis spätestens 2050 Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen, und CDU/CSU wollen langfristig einen großen Teil fossiler Energie durch umweltfreundliche Energie ersetzen.

Die internationale Dimension von Klimaschutz und Anpassung bleibt in den meisten Programmen sehr allgemein. Nur bei Bündnis 90/Die Grünen wird explizit die Unterstützung der Länder des Globalen Südens bei einer kohlenstoffarmen Entwicklung, bei Klimaschutzinvestitionen und bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise gefordert.

Bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung Verantwortung übernehmen

Bei den Vorschlägen und Forderungen zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung finden sich in den Programmen erhebliche Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten.

Die FDP schlägt vor, langfristig drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in internationale Sicherheit zu investieren. Das soll durch eine abgestimmte Erhöhung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreicht werden. Die CDU/CSU möchte die Verteidigungsausgaben schrittweise bis zum Jahr 2024 auf zwei Prozent erhöhen und diese Erhöhung an die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 koppeln, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent erreicht ist. Positiv zu bewerten ist, dass SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen das 0,7-Prozent-Ziel erreichen wollen, ohne dass die Ausgaben für Geflüchtete im Inland darauf angerechnet werden. Forderungen nach Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung finden sich in allen Programmen. SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen betonen die Notwendigkeit der Erhöhung der Finanzmittel für Klimaschutz und Klimaanpassung, die zusätzlich zu den Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden müssen. Bemerkenswert ist, dass sich – mit Ausnahme der FDP – alle Parteien für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Aus der Sicht von VENRO ist eine weitere und stetige Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und die Klimafinanzierung dringend erforderlich, ohne dass diese Erhöhung an Aufwüchse bei anderen Etats gekoppelt wird.

Alle mitnehmen – besonders die Schwachen

Alle Parteien sprechen sich dafür aus, die Unterstützung und die Kooperation mit unserem Nachbarkontinent Afrika zu stärken. Die CDU/CSU fordert mehr Engagement auf

dem afrikanischen Kontinent. Dafür wird ein Marshallplan mit Afrika vorgeschlagen, mit dessen Hilfe die Empfänger zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigt werden sollen. Der im Rahmen der G20-Präsidentschaft auf den Weg gebrachte »Compact with Africa« wird unterstützt. Die SPD will die Partnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten prüfen, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Die Schaffung einer afrikanischen Freihandelszone will die SPD unterstützen. DIE LINKE dagegen lehnt die Freihandelsabkommen mit Afrika grundsätzlich ab, weil sie demokratiefeindlich seien und die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder einschränkten. Auch Bündnis 90/Die Grünen wollen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen und neue Verhandlungen nach menschenrechtlichen, sozialen und Umweltstandards führen. Die Grünen schlagen einen Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika vor, der gemeinsam erarbeitet werden soll. Dabei sollen zivile Krisenprävention sowie der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und funktionierender Steuersysteme im Zentrum stehen. Auch die FDP will die am wenigsten entwickelten Länder, vor allen Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika, in den Blick nehmen. Als wichtigste Grundlage für die Armutsbekämpfung werden Bildung, Ausbildung und Qualifikation sowie die Chancen auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen angesehen.

Zur Überwindung von Armut und Hunger will die SPD ländliche Entwicklung und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern besonders fördern. Sie setzt dabei auf Investitionen in die Infrastruktur, soziale Sicherungssysteme, gute Bildungs- und Gesundheitsangebote sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. DIE LINKE setzt sich für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der unterstützten Länder ausrichten muss, ohne aber konkret auf einzelne Politikfelder einzugehen. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Instrumente der internationalen Zusammenarbeit im Sinne erhöhter Effizienz und Wirksamkeit reformieren und betonen die zentrale Bedeutung der Gleichberechtigung und der Frauenrechte für eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik. Die FDP fordert eine wertorientierte Entwicklungspolitik, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt und einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft richtet.

In allen Programmen werden – mehr oder weniger differenziert – Aussagen zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zur ländlichen Entwicklung, zur sozialen Sicherung, zu Bildung und Gesundheit und zur Gleichberechtigung der Geschlechter getroffen. Afrika erfährt dabei besondere Aufmerksamkeit. CDU/CSU und FDP setzen auf eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln und

die Mobilisierung vor allem auch privater Investitionen als Instrumente zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika. SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen stehen den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen skeptisch bis ablehnend gegenüber und fordern faire Handelsbedingungen.

Fazit

In den Programmen zur Bundestagswahl 2017 finden sich viele Positionen zur Bekämpfung von Armut und Hunger, zum Klimaschutz, zu Menschenrechten, zur zivilen Krisenprävention und zu anderen Themen, die VENRO begrüßt und unterstützt. In einigen Programmen gibt es aber aus unserer Sicht auch bedenkliche Tendenzen, wie eine Vermischung von Verteidigungs-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik bis hin zu einer finanziellen Koppelung dieser Politikfelder. Die Agenda 2030 wie auch die neue Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind noch nicht im erforderlichen Maße als Leitbilder und Leitfäden des politischen Handelns der nächsten Bundesregierung und des neu gewählten Bundestags verankert. Auch wird nicht deutlich, wie ein kohärentes Handeln aller Ressorts im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele erreicht werden kann. Unklar bleibt, wie der erhebliche Finanzierungsbedarf, den die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Klimaabkommens erfordert, sichergestellt werden kann.

VENRO wird die nächste Bundesregierung und den neu gewählten Deutschen Bundestag weiterhin kritisch begleiten und sich dafür einsetzen, dass der Stellenwert der Entwicklungspolitik erhöht und die Agenda 2030 sowie das Pariser Klimaabkommen keine Absichtserklärung bleiben, sondern auch real umgesetzt werden.

Was wollen die Parteien? – Unsere Analyse

I. Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln und umsetzen

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der künftigen Bundesregierung, die globale Nachhaltigkeitsagenda (Agenda 2030) in nationale Politik umzusetzen und damit Wege aufzuzeigen, wie Globalisierung gerecht und zum Wohle aller Menschen gestaltet werden kann und muss. Dabei muss die Umsetzung der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ganz oben auf der politischen Prioritätenliste stehen. Die für 2018 vorgesehene Überprüfung der Strategie muss dazu genutzt werden, vorhandene Lücken und Schwachstellen auszubessern sowie Ziele und Indikatoren zu ergänzen. Zur Umsetzung der Strategie müssen die Institutionen der Nachhaltigkeit gestärkt werden. Dies gilt in besonderer Weise für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Er muss in die Lage versetzt werden, im Sinne eines »Nachhaltigkeits-TÜVs« alle politischen Strategien und Gesetzesvorhaben auf deren Übereinstimmung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu prüfen.

CDU/CSU

Vor zwei Jahren hat die Weltgemeinschaft der Staaten in New York die Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet. Deutschland hat wesentlich zu ihrem Zustandekommen beigetragen. Sie geht weit über den Bereich der Umweltpolitik hinaus und umfasst auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit. Wir haben in Deutschland eine neue Nationale Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, durch die die vereinbarten Ziele der Agenda 2030 auch in Deutschland umgesetzt werden sollen.

SPD

Wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN-Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen.

Die SPD setzt sich für eine ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine internationale deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. Deutschland muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeitsziele national bis 2030 zu erreichen. Zudem muss Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die SDGs zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen.

DIE LINKE

Die Umsetzung der universellen UN-Agenda 2030 und der darin formulierten »17 Nachhaltigkeitsziele« muss die Verantwortung des Nordens verstärkt ins Zentrum rücken. Sie muss auf strukturelle Veränderungen zielen, um Armutsbekämpfung, Entwicklung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zu ermöglichen.

Bündnis 90/Die Grünen Globale Verantwortung fängt bei uns zu Hause an. Darum nutzen wir die Gestaltungsmacht Deutschlands als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, um die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erreichen.

Wir GRÜNE wollen die Globalisierung nicht zurückdrehen, sondern im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und menschenrechtlicher Prinzipien gestalten. Wir brauchen endlich ein kohärentes Handeln im Rahmen der Globalen Nachhaltigkeitsziele, deswegen müssen wir aufhören, mit Rüstungsexporten, unfairem Handel oder Steuervermeidung unsere eigene Entwicklungszusammenarbeit zu hintertreiben.

Deshalb wollen wir einen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte schaffen, der das Regierungshandeln mit Blick auf die Nachhaltigen Entwicklungsziele prüft und Anpassungen empfiehlt.

FDP Wir fordern eine wertorientierte Entwicklungspolitik (...). Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen. Eine zügige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert einen kohärenten Ansatz innerhalb der Bundesregierung, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit.

II. Für das Recht zu bleiben – für das Recht zu gehen

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der künftigen Bundesregierung, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, die Menschenrechte und Lebensbedingungen in den Herkunftsländern von geflüchteten Menschen nachhaltig zu verbessern. Ziel einer kohärenten Politik muss sein: Wer bleibt, soll bessere Lebenschancen bekommen, wer sich entschließt zu gehen, soll dies in Sicherheit tun können. Entwicklungsgelder dürfen nicht dafür missbraucht werden, Migrant_innen und Menschen auf der Flucht zurückzuhalten oder abzuwehren. Ein neues Einwanderungsgesetz ist erforderlich. Es muss jedoch über den Bedarf des eigenen Arbeitsmarkts hinaus entwicklungspolitische Ziele berücksichtigen. Qualifizierte Arbeitskräfte müssen mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten erhalten, aber auch für geringer ausgebildete Menschen muss es Chancen geben. Um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern, müssen Entwicklungs-, Agrar- und Handelspolitik statt der Erschließung eigener Exportmärkte für preisverzerrende Überschüsse die Förderung von Ernährungssouveränität in Partnerländern und -regionen in den Blick nehmen.

CDU/CSU

Wir bekämpfen Fluchtursachen und tragen durch Entwicklungspolitik und zivile Krisenprävention dazu bei, dass Menschen in ihrer Heimat Zukunfts- und Bleibeperspektive haben.

(Deshalb) braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches »Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz« wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten (...). Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

Europa muss seine Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen, die Grenzschutzagentur Frontex stärken und das Europäische Asylsystem vollenden. Europa muss Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen. Wir müssen verhindern, dass Tausende Flüchtlinge von gewissenlosen Schleppern durch halb Afrika geschleust werden, um dann im Mittelmeer elend zu ertrinken.

Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen wir entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen. (...) Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen.

SPD

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen. Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, faire internationale Handelsbeziehungen und für die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) benötigt dafür eine angemessene Ausstattung und Finanzierung.

Die Außengrenzen müssen besser vor illegalen Grenzübertritten geschützt werden. Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex (...) stärken. Dabei werden wir Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.

Wir wollen die Zahl der freiwilligen Rückkehrer unter den abgelehnten Asylbewerbern erhöhen (...). Wir werden keine Menschen in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr abschieben. Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir bis auf Weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen.

Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen.

Die Exportpolitik der Nahrungsmittelindustrie muss im Einklang mit der Nachhaltigkeit in Deutschland und den Exportmärkten stehen. Wir lehnen eine landwirtschaftliche Produktion ab, die sich lediglich am Export auf den Weltmarkt ausrichtet. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zulasten der Entwicklungs- und Schwellenländer produziert und exportiert werden.

DIE LINKE

Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge! Wir brauchen eine gerechte Entwicklungshilfe und fairen globalen Handel.

Im Gegensatz zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien haben wir jede Einschränkung des Asylrechts abgelehnt. Wir wollen das Grundrecht auf Asyl wiederherstellen. Menschenrechte kennen keine Obergrenze. Wir wollen endlich die Ursachen der Fluchtbewegungen bekämpfen, indem wir Waffenexporte verbieten, friedliche Konfliktlösungen unterstützen und eine gerechte Weltwirtschaft schaffen. Die Zuständigkeit für Migration und Integration muss dem Bundesinnenministerium entzogen werden. Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Integration (...).

Wir lehnen eine Einwanderungs- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder »nützlich« für Unternehmen sind. Quoten, Kontingente und Punktsysteme lehnen wir deshalb ab.

Das Grundrecht auf Asyl muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden. Regelungen zu vermeintlich sicheren Dritt- oder Herkunftsstaaten, die Ablehnung und Abschiebung von Schutzsuchenden ohne wirksame Einzelfallprüfung ermöglichen, lehnen wir ab.

Geschlechtsspezifische Fluchtursachen sollen nicht mehr nur formell als Asylgrund anerkannt werden, sie müssen in der (Prüf-)Praxis auch umfassend berücksichtigt werden.

Der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf nicht länger subventioniert werden. Er trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des Globalen Südens bei. DIE LINKE wendet sich gegen die weitere Globalisierung der Agrarmärkte. Wir wollen die Exportstrategie in der Agrarpolitik beenden.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir kämpfen entschlossen für das individuelle Grundrecht auf Asyl. Der uneingeschränkte Zugang zu einem fairen Asylrechtsverfahren muss garantiert sein. Die inhumanen Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre lehnen wir ab.

Für uns besteht eine Flüchtlingspolitik aus vier Schritten: Erstens machen wir Ernst mit der Bekämpfung von Fluchtursachen. Die beste Flüchtlingspolitik ist eine, die Flucht unnötig macht. Zweitens sorgen wir durch legale Wege dafür, dass Flüchtende nicht länger ihr Leben auf gefährlichen Fluchtrouten riskieren müssen. Wir werden Kontingente einrichten wie beispielsweise ein großzügig angelegtes Resettlementprogramm, das Menschen einen sicheren Weg eröffnet und unter Leitung des UNHCR ein fester Bestandteil der Flüchtlingspolitik in Deutschland wird. Der dritte Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Viertens werden wir diejenigen, die bleiben, gut aufnehmen und tatkräftig dabei unterstützen, unsere Sprache zu lernen, eine Wohnung und eine Arbeit zu finden, um schließlich hier eine neue Heimat zu finden.

Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Unser Ziel ist ein bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan. Wir wollen (...) die grausame und für die Integration hinderliche Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige wieder rückgängig machen.

Die falsche Politik des EU-Türkei-Deals darf keine Blaupause für neue Abkommen mit Staaten in Afrika und dem Nahen Osten sein. Die De-facto-Auslagerung der europäischen Außengrenzen durch Migrationspartnerschaften mit Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt sind, lehnen wir ebenso ab wie die Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder für menschenrechtlich problematische Grenzschutzprojekte.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber*innen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen, dass ein Einwanderungsgesetz durch die Einrichtung eines eigenständigen Einwanderungs- und Integrationsministeriums flankiert wird (...).

FDP

Wir halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab.

Wir Freie Demokraten wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammengefasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, sodass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrads, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Dies ist bundeseinheitlich sicherzustellen.

Wir wollen einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen. Nur so können wir wirksam kontrollieren, wer in die EU einreist, und gleichzeitig die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten offen halten. Die Grenzagentur FRONTEX soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut werden. Sie soll auch Aufgaben der Hochseenotrettung im Mittelmeer wahrnehmen, um weitere Tote durch kenternde Schlepperboote zu verhindern.

Wir fordern (...) eine Überprüfung der Auswirkungen der Agrarexportsubventionen. Zusätzlich ist eine abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik nötig, die verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt.

III. Friedensförderung ausbauen und lokale Zivilgesellschaften für eine friedliche Konfliktbearbeitung stärken

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, dass zivile Konfliktbearbeitung Vorrang vor dem Ausbau militärischer Kapazitäten haben muss. Im Rahmen eines »Nachhaltigkeits-TÜVs« sind potenzielle Auswirkungen deutscher Politik auf Friedensverträglichkeit und Konfliktträchtigkeit hin zu überprüfen. Der Nationale Aktionsplan zur Implementierung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit muss mit adäquaten finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet und konsequent umgesetzt werden. Durch eine neue gesetzliche Grundlage zum Rüstungsexport müssen jegliche Ausfuhren von Rüstungsgütern in Krisen- und Konfliktregionen sowie an autoritäre und menschenrechtsverletzende Regime grundsätzlich unterbunden werden.

CDU/CSU

Europa ist ein Friedensprojekt. Das ist ein einzigartiger Erfolg, Rechtfertigung und Auftrag zugleich: Wir müssen unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen.

SPD

Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Auch muss die europäische Außenpolitik enger mit innenpolitischen Themen verzahnt werden, etwa bei Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik, der Cyber-Sicherheit, der Handels-, Energie- und Klimapolitik. Zivile Maßnahmen und Mittel der Gewaltprävention und Konfliktbewältigung haben für uns stets Vorrang. Wir wollen daher besonders die zivile Dimension der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik aufwerten, etwa durch den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorp.

Für die SPD ist klar: Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement bleiben Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik. Wir wollen zivile Krisen- und Konfliktprävention weiter stärken und substanzieller ausstatten. Dazu gehört auch, freiwillige Friedensdienste erheblich auszubauen. Um eine nachhaltige Stabilisierung und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Krisenländern zu unterstützen, wollen wir die Entsendung ziviler Fachkräfte, insbesondere von Polizisten wie auch Juristen, über die Schaffung eines virtuellen Personalpools, der durch den Bund finanziert wird, deutlich erhöhen. Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern.

Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexports in Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und vergleichbaren Ländern enthalten.

DIE LINKE

Wir lehnen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab. Die Militärausgaben dürfen nicht erhöht, sondern müssen deutlich gesenkt werden.

Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden und darf nicht in neue Auslandseinsätze entsandt werden. Wir wollen die Mittel der Auslandseinsätze für ein friedliches Zukunftsprogramm einsetzen. Die LINKE lehnt eine weitere Erhöhung des Rüstungsetats ab.

Eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen lehnen wir ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik verschleiert. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzeptionen – wie etwa in Afghanistan geschehen – verhindert nicht nur soziale Entwicklung in diesen Ländern. Sie widerspricht auch dem zivilgesellschaftlichen Auftrag von Nichtregierungsorganisationen.

Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir umfassend fördern. Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der Fachleute in Konfliktgebiete entsendet, bis 2020 verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen und die Länder Afrikas bei der Einrichtung eines afrikanischen Zivilen Friedensdienstes unterstützen.

Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten.

Bündnis 90/Die Grünen Wir wollen Rüstungsexporte in Krisenregionen und an Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage mit einem restriktiven und verbindlichen Rüstungsexportgesetz stoppen und die bisherige Gesetzeslage verschärfen. Die Federführung bei Rüstungsexportgenehmigungen wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um die Rechtmäßigkeit genehmigter Rüstungsexporte durch eine Klage überprüfen zu lassen.

Wir sind davon überzeugt, dass dauerhafter Frieden nur politisch, nicht militärisch zu erreichen ist. Deswegen sind zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Wir setzen uns dafür ein, die zivile Krisenprävention finanziell und strukturell zu stärken. Dazu fordern wir ein strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen, das von einem Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte überprüft wird.

Der Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung muss finanziell unterfüttert und wirkungsorientiert ausgerichtet werden.

FDP Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen. Die Entscheidung über Rüstungsexporte soll auch weiterhin durch die Bundesregierung erfolgen als Teil ihrer exekutiven Kernaufgaben.

Wir wollen die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit.

Wir Freie Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa. Wir stehen zu dem Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt, und wollen die GASP der EU stärken. Wir wollen mehr europäische Synergien für die Rüstungsentwicklung und -beschaffung. Wir wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle.

Wir stehen für den Vorrang von Diplomatie, Gespräch, Austausch und »Wandel durch Handel« vor militärischer Intervention. Wenn es aber die Sicherheit Europas oder die Beendigung massenhafter, dauernder und schwerster Menschenrechtsverletzungen erfordern, dann muss Deutschland auch bereit sein, einen militärischen Beitrag zu leisten.

IV. Humanitäre Hilfe aktiv mitgestalten und verlässlich ausstatten

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, dass die humanitäre Hilfe im Bundeshaushalt eine höhere, stetige und langfristige Mittelzuweisung erhält. Mindestens ein Sockel von 1,3 Milliarden Euro sollte in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel sind allein auf Grundlage der humanitären Prinzipien zu vergeben und dürfen nicht an politische Bedingungen geknüpft werden. Die Mittelvergabe muss der großen und wachsenden Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) gerecht werden. Ein wachsender Anteil sollte zudem direkt für lokale Akteure in den Krisenregionen vorgesehen werden. Angesichts zunehmender Übergriffe auf zivile Helfer_innen muss die künftige Bundesregierung eine Initiative für die weltweite Stärkung des humanitären Völkerrechts ergreifen.

CDU/CSU

Millionen Menschen leben in den ärmsten Ländern dieser Welt, oftmals konkret bedroht durch Klimawandel, Bürgerkriege, schlechte Regierungen oder Terror. Diesen Menschen zu helfen – auch in Kooperation mit der EU – und ihnen bessere Perspektiven in ihrer Heimat zu ermöglichen ist ein Gebot der Humanität.

SPD

Angesichts zahlreicher Konflikte weltweit und der dramatischen Flüchtlingslage hat Deutschland seine humanitäre Hilfe stark erhöht. Wir setzen uns dafür ein, dass wir unser humanitäres Engagement ausbauen und dass auch die internationale Gemeinschaft ihren Verpflichtungen gerecht wird. Internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich auf eine angemessene finanzielle Ausstattung für humanitäre Hilfe verlassen können. Bei kurzfristiger humanitärer Hilfe muss stets auch die sich anschließende mittel- und langfristige strukturelle Entwicklungszusammenarbeit mitgedacht und -geplant werden.

Berichte über Völkerrechtsverletzungen, Übergriffe auf die zivile Bevölkerung wie auch auf Hilfsorganisationen nehmen drastisch zu. Wir setzen uns für die Stärkung des Völkerrechts und des Internationalen Strafgerichtshofs ein, um Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden.

Wir wollen, dass Frauen vor sexueller und sexualisierter Gewalt in Konflikten besser geschützt werden und der zunehmende Einsatz dieser Art von Gewalt als strategisches Führungsinstrument deutlich geächtet und bestraft wird – auch international. Damit unterstützen wir auch in Konfliktregionen lebende Kinder. Auf ihr Wohl, ihren Schutz und ihre Rechte werden wir gemäß der VN-Kinderrechtskonvention besonders achten.

DIE LINKE

Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in sicherheitspolitische Konzeptionen – wie etwa in Afghanistan geschehen – verhindert (...) soziale Entwicklung in diesen Ländern. Die internationale Hilfe darf niemals Teil einer militärischen Strategie sein, sondern muss sich allein an dem Gebot der Hilfe für die von Hunger und Krieg betroffenen Bevölkerungen orientieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir setzen uns für ein humanitäres Versprechen der internationalen Gemeinschaft ein, um flächendeckende Hungersnot und schlimmste Katastrophen zu verhindern. Wir verteidigen das humanitäre Völkerrecht. Mit uns wird die Bundesregierung eine humanitäre Führungsrolle einnehmen und ihren Anteil am aktuellen Bedarf zu jedem Jahresanfang finanzieren. Mit der Schaffung eines Instituts für humanitäre Angelegenheiten wollen wir Deutschland in die Lage versetzen, die humanitäre Hilfe wirksam zu machen.

FDP

Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist.

V. Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft schützen und erweitern

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, eine kohärente Politik zu etablieren: Politikfelder wie Handel, Außenwirtschaftsförderung, Entwicklung, Migration oder Sicherheit dürfen Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement nicht beeinträchtigen oder ihnen gar schaden. Der Einsatz für die Anerkennung und den Schutz zivilgesellschaftlicher Rechte muss fester Bestandteil jeder Regierungsverhandlung und -konsultation sein. Projekte und Programme, die sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen sowie für die Medien- und Meinungsfreiheit einsetzen, sind besonders zu stärken. Im Haushalt des BMZ und des Auswärtigen Amtes ist die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland und ihrer lokalen Partner auf mindestens 20 Prozent des Gesamtvolumens aufzustocken. Der Nationale Aktionsplan »Wirtschaft und Menschenrechte« ist so nachzubessern, dass Sanktionen möglich sind, sollten deutsche Unternehmen zur Verletzung von Menschenrechten oder von Sozial- und Umweltstandards beitragen.

CDU/CSU

Geleitet werden wir von unserer Bindung an Werte der Menschenwürde, des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz.

SPD

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden. Dazu gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen Völkerrechts. Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen.

Vor 15 Jahren haben die Vereinten Nationen die Bedeutung von gleicher Teilhabe und die volle Einbeziehung von Frauen in alle Bestrebungen nach Frieden und Sicherheit festgelegt. Friedensabkommen werden nur dann wirksam und nachhaltig sein, wenn Frauen aktiv beteiligt sind. Die Gleichstellung von Frauen und Mädchen ist auch ein zentrales Ziel der Agenda 2030 und zentrale Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Gesellschaften. Wir werden dies zur Grundlage unserer Entwicklungszusammenarbeit machen.

Die SPD setzt sich weiter weltweit für menschenwürdige Arbeit ein. Dazu gehört – auch im Rahmen einer konsequenten Umsetzung des Nationalen Aktionsplans »Wirtschaft und Menschenrechte« – eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung. Dies umfasst eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen, die Rechenschafts- und Transparenzpflichten für Unternehmen entlang der Lieferkette mit einschließt, den Auf- und Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und die Einführung von lebenssichernden Löhnen, um soziale Menschenrechte flächendeckend zu sichern. Weiterhin wollen wir eine Stärkung der Unternehmensverantwortung auf internationaler Ebene, beispielsweise im Rahmen der Initiative im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für ein Abkommen zu transnationalen Konzernen und Menschenrechten.

DIE LINKE

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.

Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der ein weltweites Unternehmensstrafrecht einführen will und von den EU-Staaten, einschließlich Deutschland, bisher blockiert wurde.

Bündnis 90/Die Grünen Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu. Wir kritisieren scharf, dass autoritäre Regime in vielen Ländern diese Werte mit Füßen treten. Menschenrechtsverteidiger*innen müssen weltweit besser geschützt werden und müssen Thema der bilateralen Regierungsverhandlungen sein. Wir wollen Menschenrechtsreferent*innen in allen deutschen Botschaften. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und demokratischen Bewegungen wird immer öfter von staatlicher Seite behindert und kriminalisiert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen und ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen vor Ort.

Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns. Wir wollen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern, die entlang der Lieferkette einzuhalten sind.

FDP Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren.

Wir fordern kohärentere Ansätze innerhalb der Bundesregierung und der Europäischen Union, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit.

VI. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel vorantreiben

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens konsequent voranzubringen und dies in einem Klimagesetz zu verankern. Bis zum Jahr 2035 muss der Kohleausstieg erfolgen, um 2050 eine Treibhausgasreduktion von mindestens 95 Prozent zu erreichen. Für die Klimafinanzierung muss eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel auf jährlich mindestens acht Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 erfolgen. Mit klimapolitischen Schlüsselstaaten sollten Transformationspartnerschaften vereinbart und so die Abkehr von fossilen Brennstoffen sowie der Schutz vor und der Umgang mit Klimaschäden gefördert werden.

CDU/CSU

Klimaschutz und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind existenziell wichtig. Deshalb geht Europa beim Klimaschutz voran, deshalb stehen wir zum weltweiten Klima-Abkommen von Paris.

Auf dem G7-Gipfel in Elmau wurde vor zwei Jahren die Dekarbonisierung der weltweiten Energieerzeugung bis zum Ende dieses Jahrhunderts beschlossen. Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energie wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energie ersetzt werden.

SPD

Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik. Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität.

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren führen. Die Ergebnisse dieses Dialogs werden wir im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen. Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.

Spätestens 2050 müssen wir Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn auf dem Weg dorthin konventionelle Energieträger den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen.

DIE LINKE

Den Klimawandel stoppen! Wir wollen den Umstieg auf erneuerbare Energien, eine ökologische Verkehrswende und den Schutz unserer Umwelt.

Wir wollen, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung muss darüber hinaus den Ambitionen des UN-Klimaschutzabkommens von Paris entsprechend verschärft und mit wirksamen Maßnahmen umgesetzt werden.

DIE LINKE fordert ein nationales Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Eckpunkten: Der schrittweise Kohleausstieg beginnt 2018. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Öffentliche Gelder, inklusive der Pensionsrücklagen und Rentenkassen, müssen umgehend aus Anlagen in Unternehmen der fossilen Energiebranche abgezogen werden. Öffentliche Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren. Dies gilt auch für öffentliche Geldgeber wie die KfW.

Bündnis 90/Die Grünen In Paris haben sich alle Staaten der Welt verpflichtet, die Erderhitzung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Mit einem Klimaschutzgesetz wollen wir die dazu notwendigen nationalen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten Sektoren definieren: Stromerzeugung, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudeenergie. Durch einen gesetzlichen CO₂-Mindestpreis und eine ehrliche CO₂-Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels sorgen wir dafür, dass sich Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen sowie planbar werden. Wir wollen die Kohle in der Erde lassen und aus der Kohlekraft aussteigen. Grünes Ziel ist es, die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz zu nehmen und schrittweise die restlichen innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschalten. GRÜN steht für einen europäischen Kohlekonsens und für eine europäische Unterstützung der Transformationsprozesse in den Regionen. Darum wollen wir in den Ländern des Globalen Südens eine alternative und kohlenstoffarme Entwicklung, Klimaschutzinvestitionen und die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise unterstützen.

FDP

Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und dafür internationale Kooperationspartner gewinnen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns langfristig realistische Ziele setzen und auf unnötige Markteingriffe verzichten. Daher lehnen wir auch auf Ebene der Europäischen Union technische Auflagen zur Treibhausgasminderung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für Vermeidungstechnologien ein.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik wird. Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab.

Wir wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Wir setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann.

VII. Bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung Verantwortung übernehmen

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, klare Etappenziele zu vereinbaren, wie das 0,7-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2020 zu erreichen ist. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Versorgung von geflüchteten Menschen in Deutschland sind dabei nicht auf die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) anzurechnen. Für die Unterstützung der ärmsten Länder (Least Developed Countries/ LDC) sind mindestens 0,15 bis 0,20 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) aufzubringen. Der entwicklungspolitische Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter muss finanziell ausreichend unterlegt werden. Bilaterale Vorhaben mit diesem Hauptziel sollten mindestens 200 Millionen Euro erhalten, der Anteil der Projekte, die zu diesem Ziel beitragen, sollte wenigstens 45 Prozent der ODA-Leistung ausmachen. Zur Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung sollte das Steuerkomitee der Vereinten Nationen zu einem politisch beschlussfähigen Gremium aller Staaten aufgewertet werden.

CDU/CSU

Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahr 2024 schrittweise in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb werden wir parallel zu Erhöhung des Verteidigungshaushalts auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 erhöhen, bis die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP erreicht ist.

Wir haben den internationalen Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung maßgeblich vorangetrieben. Dem schädlichen Steuerwettbewerb stellen wir uns mit Erfolg entgegen. Wir wollen diesen Weg weitergehen und für einen fairen Steuerwettbewerb sorgen.

Unser Ziel bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

SPD

Eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit ist dringend geboten. Deshalb stehen wir zu dem Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen – und das unabhängig von Ausgaben für in Deutschland aufgenommene Flüchtlinge. Gleichzeitig wollen wir durch ein faires und internationales Steuersystem den Ländern des Globalen Südens auch die Erschließung eigener finanzieller Ressourcen ermöglichen. Nicht zuletzt setzen wir uns für innovative Finanzierungsmöglichkeiten ein. Deshalb werden wir beispielsweise an Mechanismen arbeiten, durch die Teile der wirtschaftlichen Vorteile von Freihandelsabkommen für die Finanzierung internationaler Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gesichert werden.

Die Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz müssen zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden.

Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durchgesetzt werden. Neben der Unterstützung beim Aufbau effizienter nationaler Steuersysteme kommt es darauf an, die Kapitalabflüsse durch Steuerhinterziehung und -vermeidung zu stoppen. (...) Wir wollen ein Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten – bis hin zum Entzug der Banklizenz.

Außerdem setzen wir uns für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein.

DIE LINKE

Wir lehnen eine Verknüpfung von Entwicklungsgeldern und anderen Fördermitteln mit Maßnahmen des Grenzschutzes und der Migrationskontrolle ab. Wir treten für eine vorrangig öffentliche Entwicklungsfinanzierung auf allen Ebenen ein, wollen den undemokratischen Einfluss privater Stiftungen in der Entwicklungszusammenarbeit beenden und lehnen öffentlich-private Partnerschaften mit deutschen Firmen als gescheitertes Modell ab.

Deutschland soll sich mindestens auf die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO (SDG) verbindlich verpflichten. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des BIP angehoben werden.

Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. Die Klimatransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zum Großteil zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.

Wir fordern ein gerechtes internationales Steuersystem und die Trockenlegung von Steuer-oasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung sie massiv profitieren.

Mit einer Finanztransaktionssteuer dämpfen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft genutzt werden. Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland: mindestens 30 Milliarden Euro.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir lehnen eine Erhöhung der Militärausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung klar ab. Stattdessen wollen wir, dass Deutschland endlich sein Versprechen für mehr globale Gerechtigkeit einlöst. Darum werden wir bis 2021 das Ziel erreichen, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, indem wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz jährlich um zwei Milliarden Euro erhöhen und auch danach die Klimagelder weiter anwachsen lassen. Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland werden wir nicht anrechnen. Wir richten diese Gelder strikt an den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen aus.

Wir setzen uns für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei den Vereinten Nationen und für eine Finanztransaktionssteuer ein, deren Erlös in großen Teilen für Maßnahmen der Entwicklungs- und Klimafinanzierung eingesetzt werden soll.

FDP

Nachhaltige internationale Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik vernetzt gedacht werden. Deshalb wollen wir, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Dazu wollen wir eine schrittweise und nahtlos aufeinander abgestimmte Stärkung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreichen.

Die Einführung neuer Steuern – wie etwa der Vermögensteuer oder Finanztransaktionssteuer – lehnen wir ab. Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Unternehmen – auch und gerade große internationale Unternehmen – selbstverständlich ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass (...) Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen, den Standort Deutschland aber nicht gefährden.

VIII. Alle mitnehmen – besonders die Schwachen

VENRO erwartet vom neu gewählten Deutschen Bundestag und der nächsten Bundesregierung, dass sowohl national wie international die gezielte Förderung benachteiligter Gruppen systematisch und deutlich ausgeweitet wird. Auf der Grundlage des Menschenrechts auf soziale Sicherheit muss der Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den Ländern des Globalen Südens verstärkt unterstützt werden.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen die Geschlechtergerechtigkeit weltweit gestärkt und diskriminierende Normen und Traditionen überwunden werden. Frauen und Mädchen müssen in ihren politischen und wirtschaftlichen Mitspracherechten und Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Bundesregierung muss sich weiterhin auf internationaler Ebene für kontroverse Gesundheitsthemen wie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte einsetzen.

Das Ziel »Gesundheit für alle« gilt es weltweit durchzusetzen. Dabei müssen der Zugang zu qualitativ angemessener Gesundheitsversorgung für alle Bevölkerungsgruppen und die Absicherung von finanziellen Risiken im Krankheitsfall im Vordergrund stehen. In der Entwicklungszusammenarbeit muss die Inklusion von Menschen mit Behinderungen mit größerem Einsatz und verbindlichen Vorgaben für inklusive Programme, Strategien sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Datenlage vorangetrieben werden.

Die Grundbildung – einschließlich der frühkindlichen Bildung und der nachholenden Erwachsenenbildung – muss erheblich aufgewertet werden. Die Mittel für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit im Inland sind jährlich zu steigern, bis das Ziel, drei Prozent der ODA-Quote für diesen Zweck einzusetzen, erreicht ist.

CDU/CSU

Geleitet werden wir von unserer Bindung an Werte der Menschenwürde, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Toleranz. Unsere besonderen Bemühungen gelten dem Kontinent Afrika.

Afrika benötigt Hilfe gegen Hunger, Unterstützung für berufliche Bildung, insbesondere von Frauen, Schutz gegen Klimawandel, für den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit und vieles mehr.

Aus eigener Kraft wird Afrika die Wende nicht schaffen. Deshalb hat die Bundesregierung die Initiative zu einem »Compact« mit Afrika im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft ergriffen. Deshalb werben wir bei unseren Freunden und Verbündeten für mehr Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.

CDU und CSU schlagen einen Marshall-Plan mit Afrika vor. Ein solcher moderner Marshall-Plan des 21. Jahrhunderts soll die Empfänger in Afrika zu eigenverantwortlichem unternehmerischen Handeln befähigen. Unser Marshall-Plan mit Afrika soll eine breite Welle der Unterstützung auch in anderen Ländern auslösen. Dabei sollen vor allem auch private Investitionen mobilisiert werden.

Die Chancen der Digitalisierung werden wir auch in der Entwicklungszusammenarbeit nutzen. Digitale Vernetzung erlaubt vorhersehbare und deshalb günstige Lösungen für die Ressourcenverteilung und leistet so einen Beitrag zur Vermeidung von Hunger und Epidemien. Durch digitale Lösungen schaffen wir Transparenz und damit ein Mittel gegen die grassierende Korruption, die Entwicklungsländer an einem gesunden Wachstum hindert.

SPD

Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern, den Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unser Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern. Weiterhin werden wir unsere Arbeit stärker auf Armut- und Hungerregionen ausrichten. Dabei sehen wir die ländliche Entwicklung, insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, als einen zentralen Baustein an. So leben drei von vier hungernden Menschen (...) im ländlichen Raum. Diesen gilt es durch Investitionen in die Infrastruktur strukturell zu stärken, einschließlich sozialer Sicherungssysteme, guter und leicht erreichbarer

Bildungs- und Gesundheitsangebote, der Schaffung von Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft, der Förderung von Wertschöpfungsketten vor Ort und des Schutzes lokaler Märkte vor Dumpingangeboten.

Gesundheit ist ein Menschenrecht, das endlich für alle gelten muss. Der Globale Fonds gegen Aids/HIV, Tuberkulose und Malaria ist daher mit ausreichenden Haushaltsmitteln auszustatten. Weiterhin wichtig sind ein Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie ein diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und Mädchen, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistungen. Wir werden zudem weltweit Initiativen und Programme zum Aufbau sozialer Grundsicherung unterstützen.

Wir stehen auch dafür, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und sozialer Herkunft – Zugang zu Bildung erhalten.

Die SPD setzt sich für fairen Handel ein. Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer, verbraucherpolitischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren. Wir wollen perspektivisch einen unabhängigen internationalen Handelsgerichtshof etablieren, um das Primat der Politik durchzusetzen.

DIE LINKE

Statt an der Politik von ungleichen Handelsbeziehungen festzuhalten, sollte deutsche Außenpolitik an der Schaffung einer globalen sozialen Infrastruktur mitwirken, die allen Menschen auf dieser Welt den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und einem selbstbestimmten Leben in Würde und sozialer Sicherheit ermöglicht.

Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein. Sie muss auf die Interessen und Bedürfnisse der unterstützten Länder ausgerichtet sein und sich am Gedanken von Gerechtigkeit, Solidarität und der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Sie muss ein Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit sein und darf nicht als Instrument der Einmischung sowie als Druckmittel zugunsten der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Geberländer und internationaler Konzerne missbraucht werden. Entwicklungszusammenarbeit muss den unterstützten Ländern dabei helfen, ihre Vorstellungen von einer eigenständigen, souveränen Entwicklung umzusetzen

Bündnis 90/Die Grünen

Mit unserer internationalen Zusammenarbeit wollen wir rechtsstaatliche Strukturen stärken, soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme ausbauen, Ernährungssouveränität herstellen, Klimaschutz fördern, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen durchsetzen und den Zugang zu Bildung voranbringen. Dafür reformieren wir die Instrumente unserer internationalen Zusammenarbeit für mehr Effizienz und Wirksamkeit.

Die Koppelung von Entwicklungshilfe an Rückübernahmeabkommen ist keine Grundlage für eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Durchsetzung der Frauenrechte sind dabei entscheidende Faktoren. Wir treten auch im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik gegen die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSBTIQ*) Menschen ein.

So wollen wir den Zugang zu günstigen Generika für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stärken. Außerdem braucht es einen globalen Forschungsfonds, um Anreize zu schaffen, vernachlässigte und Infektionskrankheiten besser zu behandeln. Damit dies gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten Nationen neu belebt werden.

Das Recht auf Nahrung muss endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür braucht es eine faire europäische Handels- und Agrarpolitik. Außerdem werden wir bäuerliche Strukturen hier und weltweit intensiver fördern mit dem Ziel, die Ernährungssouveränität zu stärken. Auch die konsequentere Regulierung der Finanzmärkte – gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln – spielt eine wichtige Rolle beim Kampf gegen den Hunger.

FDP

Wir fordern eine wertorientierte Entwicklungspolitik, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt und einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft hat. Dazu setzen wir auf neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit der Privatwirtschaft. Es gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor allen Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika. Die wichtigste Grundlage für die Armutsbekämpfung sind Bildung, Ausbildung und Qualifikation genauso wie die Chance auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen.

Wir treten entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegen und setzen uns dafür ein, LGBTI-Projekte weltweit zu fördern und bei Strafverschärfungen gegen LGBTI die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen.

Die Möglichkeiten, die sich durch Innovationen, Digitalisierung und neue Technologien bieten, müssen wir für Entwicklungsländer stärker in den Fokus nehmen und fördern.

Quellen

Wahlprogramme

CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021, <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1>

SPD: Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

DIE LINKE: Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle. Die Zukunft für die wir kämpfen! Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017, https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017, https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf

FDP: Denken wir neu. Das Programm zur Bundestagswahl 2017 der Freien Demokraten: »Schauen wir nicht länger zu.«, <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/08/07/20170807-wahlprogramm-wp-2017-v16.pdf>

VENRO-Positionspapier

VENRO: Für Weltoffenheit, Solidarität und Gerechtigkeit! Positionspapier zur Bundestagswahl 2017, VENRO-Positionspapier 1/2017, http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO_Positionspapier_Bundestagswahl2017.pdf

VENRO-Mitglieder

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Aktion Canchanabury
- AMICA e. V.
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- Ärzte der Welt
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- BORDA e. V.
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
- CHANGE e. V.
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- DED-Freundeskreis*
- Deutsch-Syrischer Verein e. V. (DSV)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
- DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
- Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
- Don Bosco Mondo
- DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
- EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungszentrum Berlin
- Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung*
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- FUTURO SÍ
- Gemeinschaft Sant’ Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organisation
- Germanwatch
- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- HelpAge Deutschland
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen / Sign of Hope
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- International Justice Mission e. V. (IJM)
- Internationaler Bund (IB)
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- JAM Deutschland
- Jambo Bukoba
- Johanniter-Auslandshilfe
- KAIROS Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionsärztliches Institut Würzburg
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
- Oxfam Deutschland
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung
- SALEM International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development Chapter Bonn (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst International
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W. P. Schmitz-Stiftung
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof Darmstadt
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland
- Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 128 Mitglieder.
(Stand: August 2017)

Herausgeber:

**Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)**

Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat, Eva Hein, Claus Körting (verantwortlich)

Endredaktion: Silvan Rehfeld

Fotonachweis: Pabkov/Shutterstock.com (Titelblatt)

Layout: just in print

Druck: die UmweltDruckerei GmbH

Auflage: 1.000 Exemplare

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, August 2017

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell mehr als 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen**

www.venro.org